



Central-Organ der DEUTSCHEN BRAUER

Offizielles Organ des Central-Verbandes Deutscher Brauer.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal.
Inserate die fünfspaltige Petitzeile 20 Pfg. — Redaktion: Richard Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23.
Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23. Postzeitungsliste: Nr. 1526 n.

Nr. 39. Hannover, den 30. September 1893. 3. Jahrgang.

Nochmals einiges über Unfallversicherung.

An der Spitze ihrer Nummer 11 bringt die „Bundeszeitung deutscher Brauergesellen“ unter der Ueberschrift: „Erwiderung auf den Artikel: „Einiges über Unfallversicherung“ im Centralorgan der deutschen Brauer“ einen Artikel, der in seinem ersten Theile, abgesehen von einer geringen Abweichung, mit der uns von der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft zugesandten und in der vorausgegangenen Nummer dieses Blattes enthaltenen angeblichen Berichtigung wörtlich übereinstimmt. Da die betreffende Nummer der „Bundeszeitung“ aber drei Tage früher erschienen ist, als unsere Nummer, welche die angebliche Berichtigung enthielt, so geht daraus zur Evidenz hervor, daß jener Artikel nicht aus der Feder der Schriftleitung geflossen ist — nebenbei bemerkt, trauen wir der Schriftleitung nach den bisherigen Leistungen einen solchen Artikel auch nicht zu — sondern ihr von der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, Sektion IV, zugesandt wurde, die Schriftleitung sich also dazu hergiebt, das Organ der Bundesgesellen dem Unternehmertum zur Verfechtung seiner Interessen zur Verfügung zu stellen.

Dieser Umstand ist für den Charakter jenes Blattes sehr bezeichnend und bestätigt die von uns bislang vertretene Ansicht, daß jenes Organ, angeblich gegründet, um die Interessen der Brauergesellen zu wahren, fast ausschließlich die Interessen des Unternehmertums vertritt. Wer jetzt noch in dem Wahn befangen ist, daß die „Bundeszeitung“ die Interessen der Arbeitnehmer und besonders der Brauergesellen, deren Organ sie ist, vertritt, dem ist eben nicht zu helfen.

Wir hatten in jenem Artikel (Einiges über Unfallversicherung) das Verfahren des „Vertrauensarztes“ der Berufsgenossenschaft gegenüber einem zu Unfall gekommenen Kollegen kritisiert, und zwar, wie wir meinen, mit Recht, denn es ist eine allbekannte Thatsache, daß die Arbeitnehmer von den Kassenzurückgeleiteten und besonders von den „Vertrauensärzten“ der Berufsgenossenschaft oft in einer Weise behandelt werden, daß die Kranken bzw. Verletzten mit Recht Klage darüber führen. Anstatt nun aber gleich uns die bestehenden Schäden aufzudecken und dadurch zu deren Beseitigung beizutragen, dafür einzutreten, daß dem verletzten bzw. kranken Arbeitnehmer keine schlechte, oft menschenunwürdige Behandlung zu Theil wird, steht das edle Organ der Brauergesellen sich veranlaßt, einer angeblichen Rechtfertigung der Berufsgenossenschaft Raum zu geben, obwohl es die Angriffe gegen dieselbe nicht gebracht hat und nicht bringen durfte, weil es sonst leicht in Ungnade bei den Unternehmern fallen könnte und diese nicht mehr für ihre Verbreitung Sorge tragen würden. Daß die Schriftleitung für diesen Eifer, den Unternehmern zu gefallen, zur Nechterschaft gezogen wird, daran möchten wir zweifeln, denn die betreffenden „Gesellen“ würden gewiß bald erfahren müssen, daß sie nur Brauergesellen und nicht Unternehmer sind.

Wahrlich, es wirft ein eigenartiges Licht auf ein Organ der Arbeitnehmer, wenn es ohne irgend welche Veranlassung, nur um seinen Bedienteneifer zu zeigen, eine Verherrlichung über Zustände bringt, die dem Arbeitnehmer nichts weniger denn günstig sind. Wenn noch irgend eine Veranlassung zur Aufnahme des von der Berufsgenossenschaft zugesandten Artikels vorhanden gewesen wäre! Hätten denn die Leser der „Bundeszeitung“ den Tadel, den wir in

unserem Artikel ausgesprochen, gelesen? Mit wenigen Ausnahmen, nein! Und deshalb konnte es ihnen auch gleichgültig sein, ob sie die Berichtigung lesen würden oder nicht. Ja, wenn noch die „Bundeszeitung“ neben der angeblichen Berichtigung unsern Artikel, wenn auch auszugswise, gebracht hätte, dann könnte man wenigstens noch die Ausrede gelten lassen, daß sie, um der Wahrheit die Ehre zu geben, dem Artikel die Aufnahme nicht verweigert hätte. Aber auch diese Ausrede ist hinfällig, denn sie hätte in diesem Falle doch erst abwarten müssen, ob wir der angeblichen Berichtigung Raum in unserem Blatte gewährten und erst wenn dies nicht geschah, dann konnte sie von dem Standpunkte aus, den sie uns gegenüber einnimmt, die angebliche Berichtigung bringen, war dann immer noch, wenn sie anständig sein wollte, gezwungen, unsern Artikel zu reproduziren.

Doch damit wir der charakteristischsten Schriftleitung nicht zu nahe treten, wollen wir bemerken, daß sie diejenigen Stellen unseres Artikels, die sich auf die Behandlung des Kollegen R. durch den „Vertrauensarzt“ der Berufsgenossenschaft beziehen, abbrückt, aber mitzuthellen verschweigt, daß der bedauerenswerthe Kollege an den Folgen des Nothlaufes, der sich an dem schabhaften Fuße gebildet hatte, gestorben ist, und daher die Brauergesellen in dem Glauben läßt, als sei der Verletzte nicht an der Berlesung bzw. in Folge der ihnen zu Theil gewordenen Behandlung, sondern vielmehr am Säuferwahnsinn gestorben.

Und ein Organ, das dieses fertig bringt, giebt vor, die Interessen der Brauergesellen zu fördern!

Wenn die Schriftleitung einen ehrlichen Kampf gegen uns führte, dann müßte sie doch auch unsere Entgegnung auf die angebliche Berichtigung bringen, daß dies aber geschieht, daran zweifeln wir. Es hat sich ihr scheinbar die Gelegenheit, uns einzuschneiden und gleichzeitig sich bei den Unternehmern „lieb Kind“ zu machen, und diese Gelegenheit durfte sie doch nicht unbenutzt vorüber gehen lassen! Nicht nur hat sie der Berufsgenossenschaft Gelegenheit, von dem erhobenen Vorwurfe sich scheinbar rein zu waschen, sondern auch, um die „Böhlthaten“, welche die „Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft“ den Verletzten erweist, zu verherrlichen, denn in dem zweiten Theile des Artikels werden die Leistungen der Berufsgenossenschaft über die Hutschnur gepriesen, so daß, wenn man dem Herrn Verfasser Glauben schenkt, die Brauerei- und Mälzerei-Verufsgenossenschaft zu tiefem Dank verpflichtet wären.

Dieser Theil des Artikels ist, wie man dies in dem Organ der Brauergesellen nicht oft antrifft, nicht nur sachlich, sondern auch anständig in der Form, woraus wir abermals entnehmen zu können glauben, daß weder die Schriftleitung noch deren Helfershelfer denselben verfaßt haben. Man vermisst so ganz den „sprühenden Witz“, die „Schärfe des Geistes“ und die „elegante Ausdrucksweise“, welche die „Bundeszeitung“ bislang so „rühmend“ auszeichneten. Aber dessen ungeachtet müssen wir uns ein wenig mit dem Artikel beschäftigen, weil dem Herrn Verfasser desselben einige, sagen wir Zerkhümer unterlaufen sind. Wir bitten den Verfasser jenes Artikels, uns zu folgen und wenn wir irren sollten, uns demnachst zu berichtigen. Wir werden uns nicht nur darauf beschränken, unsere gegenwärtige Ansicht zu äußern, sondern werden auch gleichzeitig die von uns vertretene Ansicht, unsere Behauptungen, wo es nothwendig ist, durch Zahlen beweisen.

Um zu zeigen, was die Berufsgenossenschaften geleistet haben, schreibt der Verfasser:

„Erst seit dem Inkrafttreten des Unfallversicherungs-gesetzes ist die Unfallverhütung in den Gewerben wirksam gefördert worden. Gerade die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft hat anerkanntermaßen zur Vervollkommnung des Unfallschutzes in den Betrieben Mühe und Kosten angewendet, wie kaum ein anderer Industriezweig im deutschen Reiche.“

Merkwürdig, höchst merkwürdig! Die Unfallverhütung ist „wirksam gefördert“ worden, die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft hat Kosten angewendet, wie kein anderer Industriezweig! Und was finden wir? Während im Jahre 1890 von je 1000 gewerblichen Arbeitern 30,3 einen Unfall erlitten, stieg diese Zahl im Jahre 1891 auf 31,9. Bei der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, die Außerordentliches geleistet hat, stieg diese Zahl von 66 im Jahre 1890 auf 72,5 im Jahre 1891 und im letzten Jahre sogar auf 73,8. 73,8 von 1000 in den Brauereien beschäftigten Personen erlitten im Jahre 1892 einen Betriebsunfall! Troßdem die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft außerordentliches geleistet hat, wie kein anderer Erwerbszweig, übersteigt die Zahl der Unfälle in den Brauereien um mehr als das Doppelte die Durchschnittsziffer und ist noch beständig im Steigen begriffen!

Wie ist es aber möglich, werden unsere Leser fragen, daß trotz des angeblich verbesserten Unfallschutzes die Zahl der Unfälle steigen kann und sogar gestiegen ist? Keine Wirkung ohne Ursache. Die Ausbeutung ist eine ärgere geworden, die Arbeit intensiver, hastender, dazu kommt die Einstellung solcher Arbeiter, die mit den Gefahren des Betriebes nicht vertraut sind u. Was nützen dem Arbeitnehmer die schönsten Schutzvorrichtungen, wenn er trotzdem in den Betrieben zu Schaden kommt!

Und besonders auffällig ist es, daß in einzelnen Sektionen der Prozentsatz so sehr verschieden ist. Während beispielsweise im verfloßenen Jahre bei der Sektion III der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft von 1000 Arbeitern 42 zu Unfall kamen, hatten die Sektionen VI und VII 87 bzw. 86 Betriebsunfälle auf je 1000 versicherte Arbeiter zu verzeichnen. Es wäre sehr lehrreich zu erfahren, auf welche Ursachen diese gewaltige Differenz zurückzuführen ist.

Um nun zu zeigen, in welchem Maße die Lasten der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft gegen früher gestiegen sind und was für die Arbeitnehmer nicht alles getan wird, heißt es dann weiter:

„Die (vorgesehlichen) Privatversicherungs-Gesellschaften erforderten einen Beitrag von wenigen Mark pro Kopf der Arbeiter, heute bedarf die Berufsgenossenschaft schon eines Beitrages von 30—40 Mark, und nach Verlauf einer Reihe von Jahren werden die Beiträge der Brauereien zu den Kosten der Unfallversicherung nach mathematischen Berechnungen sich auf u. 150 Mark pro Kopf stellen.“

Ein Betrieb, der beispielsweise 100 Personen beschäftigt, wird dann 15 000 Mark pro Jahr und die größten Betriebe mit 300 bis 600 Personen werden jährlich 45—90 000 Mark aufzuwenden haben.“

Und trotzdem sind die Arbeitnehmer noch immer unzufrieden, verlangen bessere Bezahlung ihrer Arbeit, kürzere Arbeitszeit, bessere Behandlung. O, diese Undankbaren!

Doch fragen wir zunächst, müssen die Unternehmer wirklich schon derartige hohe Beiträge pro Kopf der bei

